

## Solidarität mit den Krankenhausbeschäftigten

Was in den Krankenhäusern passiert, geht uns alle an!

Ein Flugblatt der Deutschen Kommunistischen Partei Saarland zur Demo am 12.10.2013

Es fehlt an Personal, Investitionen werden gekürzt. Nach Erhebungen der Gewerkschaft fehlen in den Krankenhäusern 162.000 Stellen, davon allein 92.000 in der Pflege. „...das Pflegepersonal ächzt unter ständiger Überlastung“, schreibt die Gewerkschaftszeitung PUBLIK. Zu Recht machen die Krankenhausbeschäftigten gemeinsam mit ver.di Druck auf die Koalitionsgespräche und die neu zu bildende Regierung in Berlin. Mehr als 90.000 Protest-Postkarten wurden überreicht, in vielen Städten finden in diesen Tagen Demonstrationen und Kundgebungen für mehr Personal und eine bessere Finanzierung der Krankenhäuser statt.

Die Misere in den Krankenhäusern betrifft aber nicht nur die Beschäftigten sondern auch der Patienten. Deshalb sind die Solidarität mit den Krankenhausbeschäftigten und die Unterstützung ihrer Forderungen aus der Bevölkerung heraus nötig und wichtig.

### Die verheerenden Auswirkungen der Schuldenbremse treffen den Gesundheitsbereich.

Nach dem Personalabbau im öffentlichen Dienst schlägt jetzt die Schuldenbremse bei den Krankenhäusern zu. Die Landesregierung, die ihre Hauptaufgabe im Sparen sieht, will die Investitionszuschüsse für die Krankenhäuser um weitere 3,7 Millionen Euro kürzen.

Gleichzeitig ist die landeseigene Saarland-Bau- und Boden-Projektgesellschaft (SBB) in der Lage, eine Gewerbeansiedlung in Neunkirchen mit 14,5 Millionen zu finanzieren; subventioniert wird damit die Bosch-Gruppe - bestimmt kein Leichtgewicht unter den deutschen Industriekonzernen.

An diesem Beispiel zeigt sich wie bei der Schuldenbremse die Logik neoliberaler Wirtschaftspolitik: die Banken und Konzerne werden bedient, um sie bei Laune zu halten, bei der Daseinsfürsorge wird gespart, die Arbeitenden müssen zahlen.

### Die Reichen besteuern

Die hundert Reichsten in diesem Land verfügen über ein Vermögen von 336,6 Milliarden Euro. Ihr

Vermögen stieg in den letzten zwölf Monaten um 5,3 Prozent, während die Arbeitenden im letzten Jahrzehnt Reallohnverluste hinnehmen, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger nicht über die Runden kommen. Eine Minderheit verfügt über das Produktivvermögen, die Mehrheit schuftet mit ihrer Arbeitskraft dafür, dieses zu vermehren.

- Die einen verdienen an der Krise, die anderen müssen dafür zahlen.
- Mit der Armut wächst der Reichtum
- Die Schulden der einen sind die Vermögen der anderen.

Das sind systembedingte Widersprüche, die weder von einer Großen Koalition noch von einer schwarz-grünen Koalition in Berlin gelöst werden. Erforderlich ist ein radikaler Politikwechsel, der mit dieser Umverteilung Schluss macht. Allein mit einer Vermögensabgabe von 10 Prozent und einer Vermögenssteuer von einem Prozent könnte zum Beispiel der saarländische Landeshaushalt dauerhaft entschuldet werden. Auf die Bundesrepublik hochgerechnet wäre genug Geld da, um das Gesundheitswesen und andere Bereiche ausreichend zu finanzieren.

Eine solche Steuerpolitik muss gegen die Interessen der Mächtigen durchgesetzt werden. Dauerhafte Veränderungen können nur erreicht werden, wenn die Macht der Konzerne hier und europaweit eingeschränkt wird.

**Die Kaputtsparer stoppen! Umfairteilen:**

**Reichtum, Macht, Eigentum!**

**Den Kapitalismus überwinden!**